

Diakonie 
Mecklenburg-Vorpommern
30 Jahre und mehr
Dienst für die Menschen im Land

Diakonisches Werk
Mecklenburg-Vorpommern e. V.

Kompetenzzentrum Zentrale
Aufgaben
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Manja Potts
Telefon: 0385 5006 163
Mobil: 0152 2184 41 77
E-Mail: potts@diakonie-mv.de

PRESSEMITTEILUNG

Schwerin | 16.06.2021

„Diakonie im Dialog“: Wie kann eine wohnortnahe Beratung erhalten werden?

Diakonisches Werk Mecklenburg-Vorpommern e. V. befürchtet Schließung von Beratungsstellen und Entlassung von Mitarbeitenden / Gesprächsrunde mit Sozialministerin Stefanie Drese und weiteren Landespolitiker*innen

Wie wird die Beratungslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern ab dem 1. Januar 2022 aussehen? Die kontroversen Ansichten zu diesem Thema sind am Montag, 14. Juni in der Gesprächsrunde „Diakonie im Dialog“ zwischen Politiker*innen und Experten des Diakonischen Werks Mecklenburg-Vorpommern e.V. diskutiert worden. Es waren Vertreter aller Parteien eingeladen, die Veranstaltung fand erneut digital statt.

Anlass ist die Umsetzung des 2. Teils des Wohlfahrtsfinanzierungs- und Transparenzgesetzes (WoftG), dass die Finanzierung von Beratungsstellen zu gleichen Teilen auf Land und Kommunen verteilt. Das Diakonische Werk Mecklenburg-Vorpommern e.V. befürchtet, dass hilfesuchenden Menschen weniger Beratungsstellen zur Verfügung stehen, Mitarbeitende entlassen werden müssen und die Qualität der Beratung leidet, weil die gut funktionierende Vernetzung vor Ort auseinandergerissen wird.

Sozialministerin Stefanie Drese (SPD) zeigte sich zuversichtlich, den Status Quo erhalten zu können und betont, dies sei eine gemeinsame Pflicht von Land und Kommunen. „Es ist notwendig, dass wir Zuweisungsvereinbarungen mit der kommunalen Ebene abschließen.“ Dies sei in den kommenden sechs Monaten zu schaffen, da man bereits mit verschiedenen Kreisen im Gespräch sei, so die Ministerin.

Jörg Böhm, Fachreferent der Landtagsfraktion Die Linke, war klar anderer Meinung. „Kein Träger weiß, wo und wie es ab dem 1. Januar weitergehen soll.“ Deswegen hätte es eine

Verschiebung um ein Jahr geben müssen. Träger seien an langfristige Verträge gebunden, beispielsweise bei der Personalplanung.

Böhm vertrat den Landtagsabgeordneten Torsten Koplín, der kurzfristig absagen musste.

Anne Shepley, Spitzenkandidatin der Grünen, schloss sich der Forderung der Linken an und forderte Planungssicherheit für die Träger. „Die Notwendigkeit für eine längere Übergangszeit sehen wir.“ Bis zum Ende des Jahres ließe sich dieses Problem nicht ordentlich lösen.

Auch die Vorständin des Diakonischen Werks, Henrike Regenstein, fragte kritisch nach, warum eine Verschiebung nicht wenigstens um ein weiteres Jahr ermöglicht wurde. „Wir sind da aber auf taube Ohren gestoßen“, sagte sie.

Knut Alschweig von der FDP stellte im Falle einer Regierungsbeteiligung der Liberalen in Aussicht, sich des Problems noch einmal anzunehmen. „Lasst uns an einen Tisch setzen, lasst das Gesetz ein Jahr ruhen und die Finanzierung auf vernünftige Beine stellen.“

Ruhen lassen möchte Christiane Berg von der CDU das Gesetz nicht, ihr bereite aber Sorge, dass bereits jetzt wohnortnahe Beratung im ländlichen Raum „kaum vorhanden“ sei. Das müsse nicht nur erhalten, sondern vielmehr ausgebaut werden.

Ministerin Drese stellte eine Evaluierungsphase für 2026 in Aussicht. Diese komme zu spät, kritisierte Anne Shepley. Knut Alschweig wies darauf hin, dass eine Evaluierung abgewanderte Fachkräfte nicht mehr zurückholen könne. „Wie wollen Sie nachsteuern, wenn die Leute geflohen sind?“

Hintergrund: In einem halben Jahr tritt der zweite Teil des Wohlfahrtsfinanzierungs- und Transparenzgesetzes (WoftG) in Kraft. Die Landtagsfraktion Die Linke hatte in der vergangenen Woche einen Antrag ins Parlament eingebracht, der eine Verschiebung des zweiten Teils forderte. Das wurde von einer Mehrheit der Parlamentarier abgelehnt. Damit ändert sich ab dem kommenden Jahr unter anderem die Finanzierungssystematik der Beratung grundlegend.

Die LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, zu der auch die Diakonie Mecklenburg-Vorpommern gehört, befürchtet einen Kahlschlag in der Beratungslandschaft. Die Erfahrungen aus der Modellregion Vorpommern-Greifswald hätten gezeigt, dass dort 20 Prozent der Fachberatungen weggefallen seien.

Aufgrund technischer Probleme konnte Jörg Böhm von der Landtagsfraktion die Linke erst verspätet zur Gesprächsrunde hinzustoßen.

Zu sehen ist die Gesprächsrunde auf der Webseite: www.diakonie-mv.de

Das Diakonische Werk Mecklenburg-Vorpommern e. V. (Landesverband) ist mit über 15.500 hauptamtlichen und über 2.200 ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen in rund 1.000 gemeinnützigen Einrichtungen und Diensten einer der größten Wohlfahrtsverbände in Mecklenburg-Vorpommern. Das Betätigungsfeld reicht u. a. von der Kinder- und Jugendhilfe, der Familien- und Altenhilfe über vielfältige Beratungs- und Behandlungsangebote, der Gefährdeten- und Behindertenhilfe bis hin zu den Freiwilligendiensten und der Aus-, Fort- und Weiterbildung. Das Diakonische Werk Mecklenburg-Vorpommern e. V. ist ein rechtlich selbstständiges Werk der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche).

Pressekontakt:

Manja Potts | Stabsstelle Presse

Telefon: (0385) 50 06-1 63 | Fax: (0385) 50 06-1 00 | Mobil: (01 52) 21 84 41 77 E-Mail: [potts@diakonie-](mailto:potts@diakonie-mv.de)

[mv.de](http://www.diakonie-mv.de) | www.diakonie-mv.de